

Niederschrift
über die Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und
Beteiligungsausschusses
am 31.01.2018

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:55 Uhr

Anwesend:

Herr Oberbürgermeister Clausen Vorsitz

SPD

Herr Bauer	Vertretung für Frau Dr. Esdar	
Frau Biermann	Vertretung für Herrn Fortmeier	bis 18:35 Uhr, TOP 7
Herr Gödde	Vertretung für Herrn Lufen	
Frau Bürgermeisterin Schrader		
Frau Regine Weißenfeld	Vertretung für Herrn Sternbacher	ab 17:09 Uhr

CDU

Herr Detlef Helling	
Herr Ralf Nettelstroth	
Herr Andreas Rüther	
Herr Michael Weber	
Herr Detlef Werner	Vertretung für Herrn Henrichsmeier

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Joachim Hood	ab 18:45 Uhr, TOP 7
Herr Jens Julkowski-Keppler	
Frau Lina Keppler	bis 18:45 Uhr, TOP 7
Herr Klaus Rees	

BfB

Frau Dorothea Becker	bis 18:50 Uhr, TOP 11
----------------------	-----------------------

FDP

Frau Jasmin Wahl-Schwentker

Die Linke

Herr Peter Ridder-Wilkens	Vertretung für Frau Schmidt
---------------------------	-----------------------------

Bürgernähe/Piraten

Herr Michael Gugat	Beratendes Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 7 GO NRW
--------------------	--

Verwaltung:

Frau Erste Beigeordnete Ritschel	Dezernat 3
Herr Stadtkämmerer Kaschel	Dezernat 1
Herr Beigeordneter Dr. Witthaus	Dezernat 2
Herr Beigeordneter Moss	Dezernat 4
Herr Beigeordneter Nürnberger	Dezernat 5
Frau Ley	Büro Oberbürgermeister
Herr Berens	Amt für Finanzen und Beteiligungen
Frau Schmiedeskamp	Amt für Finanzen und Beteiligungen
Herr Kleibrink	Feuerwehramt
Frau Stude	Büro des Rates
Frau Grewel (Schriftführung)	Büro des Rates

Gäste:

Bürgerinnen und Bürger
 Pressevertreter

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Herr Oberbürgermeister Clausen eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses fest.

Zur Tagesordnung verweist Herr Oberbürgermeister Clausen auf einen Änderungsantrag der FDP vom 31.01.2018, Drucksache 6143/2014-2020 und schlägt vor, diesen als Tagesordnungspunkt 5.1 auf die Tagesordnung zu setzen.

Der Ausschuss ist einverstanden.

Zur Tagesordnung gibt es keine weiteren Anmerkungen.

Zu Punkt 1**Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 31. Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses am 07.12.2017**

Frau Wahl-Schwentker (FDP) bittet um Auskunft, ob die gemeinnützige GmbH Klinikum Bielefeld die angekündigte Erklärung für das Jahr 2017 zwischenzeitlich vorgelegt habe und ob es dazu weitere Informationen gebe.

Die Beantwortung der aufgeworfenen Frage wird für die folgende Sitzung zugesagt.

Zur Niederschrift gibt es keine weiteren Wortmeldungen.

Beschluss:

Der öffentliche Teil der Niederschrift über die 31. Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses am 07.12.2017 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

Zu Punkt 2**Mitteilungen****Zu Punkt 2.1****Vorabend-Check-In Flughafen Paderborn/Lippstadt**

Herr Oberbürgermeister Clausen informiert über die Absicht der Flughafen Paderborn-Lippstadt-GmbH, den Vorabend-Check-In Ende Februar 2018 in Bielefeld und Kassel einzustellen, da viele Fluggesellschaften diesen Service bereits über einen Online-Check-In abwickeln würden. Entsprechend sei die Nutzung des in Bielefeld angebotenen Vorabend-Check-In stark rückläufig. Allerdings bleibe der Dienst, nach Informationen des Flughafens, für einzelne Fluggesellschaften noch vor Ort erhal-

ten. Darüber hinaus plane der Flughafen Paderborn/Lippstadt eine Werbekampagne in den Städten Bielefeld und Kassel.

Der Text der Mitteilung wurde ins Ratsinformationssystem eingestellt.

-.-.-

Zu Punkt 2.2 Rettungsdienstbedarfsplan

Frau Erste Beigeordnete Ritschel teilt mit, dass bezüglich des Rettungsdienstbedarfsplans noch immer keine Einigung mit den Krankenkassen erzielt werden konnte. Nach den erfolglosen Verhandlungen und der förmlichen Ablehnung gegenüber der Bezirksregierung seitens der Krankenkassen, habe nun die Bezirksregierung das Verfahren übernommen und für den 08.02.2018 zu einem Gespräch geladen, an dem auch die Krankenkassen und die Stadt Bielefeld teilnehmen werden. Es bleibe abzuwarten, wie schnell die Bezirksregierung entscheiden werde. Ihr Dezernat habe sowohl die Notwendigkeit als auch die Eilbedürftigkeit sehr deutlich gemacht.

Der Text der Mitteilung wurde ins Ratsinformationssystem eingestellt.

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

-.-.-

Zu Punkt 4 Unerledigte Punkte der letzten Sitzung

Zu Punkt 4.1 Alkoholverbot auf dem Treppenplatz - Beschluss der Bezirksvertretung Brackwede vom 14.09.2017

Beratungsgrundlagen:

Drucksachennummer 5862/2014-2020
5862/2014-2020/1

Herr Oberbürgermeister Clausen ruft zur erneuten Beratung die Vorlage 5862/2014-2020 auf. Die Beschlussvorlage beschränke sich nun nur noch auf den ersten Punkt der Empfehlung der Bezirksvertretung Brackwede, ein Alkoholverbot auf dem Treppenplatz einzuführen. Der bisherige zweite Punkt, ein ordnungsbehördliches Konzept zu entwickeln, sei obsolet, da im nachfolgenden TOP 5 bereits das Konzept zur Abstimmung vorliege. Darüber hinaus werde in der Nachtragsvorlage 5862/2014-2020/1 die erneute Beschäftigung der Bezirksvertretung Brackwede sowie das Schreiben der Polizeipräsidentin Frau Dr. Giere zur Kenntnis gegeben.

Von Herrn Helling (CDU) wird angeregt, die beiden Punkte TOP 4 und TOP 5 wegen ihres inhaltlichen Zusammenhangs gemeinsam zu beraten.

Er bezieht sich zunächst auf den ersten Punkt der Beschlussvorlage und teilt mit, dass seine Fraktion der Beschlussvorlage und der damit verbundenen Ablehnung eines Alkoholverbots nicht zustimmen werde. Auch die Erstellung eines Konzepts zur Erhöhung der ordnungsbehördlichen Präsenz, sei kritisch zu betrachten. Die Brackweder Bürgerinnen und Bürger hätten nach eigener Aussage und einstimmigen Beschlusses der Bezirksvertretung kein Konzept zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls, sondern eine objektive Erhöhung der Sicherheit in besagtem Bereich verlangt. Des Weiteren sei das von der Verwaltung vorgelegte Konzept in seiner Wahrnehmung unzureichend, da es sich nur um einen personalwirtschaftlichen und fiskalischen Vorschlag handle, in dem bereits die Information über die Verwendung der Mehrpersonalstellen fehle. Um seinen Standpunkt zu verdeutlichen, gibt er einen Überblick zur Historie der bisher geführten Gespräche. Zusammenfassend erklärt Herr Helling, dass

1. die CDU die Vorlage ablehnen werde, da die Interpretation der Vorfälle falsch sei,
2. die Präsenz des zentralen Außen- und Vollzugsdienstes (ZAV) die Probleme vor Ort nicht werde lösen können,
3. das Konzept der falsche Ansatz bzw. nicht umfangreich genug sei.

Sodann stellt Herr Helling für die CDU-Fraktion folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Polizei Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, die bestehende Sicherheitspartnerschaft zwischen der Polizei und dem Ordnungsamt der Stadt über den Innenstadtbereich hinaus zu erweitern und dadurch regelmäßige Streifen an auffälligen Punkten in den Stadtbezirken zu ermöglichen.

Frau Wahl-Schwentker (FDP) möchte die Tagesordnungspunkte getrennt behandeln und will jetzt nur zum Alkoholverbot Stellung nehmen. Die Erhöhung der polizeilichen und ordnungsbehördlichen Präsenz schaffe die Grundlage, alkoholbedingte Delikte zu dokumentieren. Nur dies könne nach der aktuellen Rechtsprechung die Basis für ein dann zu verhängendes Alkoholverbot sein. Aktuell könne mangels Grundlage das Alkoholverbot somit nicht beschlossen werden.

Frau Schrader (SPD) bemängelt die im Beschlusstext genannten Anlass bezogenen Ausnahmen zum Alkoholverbot. Die SPD werde wie bisher ein Alkoholverbot ablehnen. Sie plädiert dafür, die im Konzept benannten Maßnahmen zu etablieren und dann erneut zu überprüfen.

Herr Gugat (Bürgernähe/Piraten) erläutert, dass die vorliegenden Zahlen objektiv kein Sicherheitsproblem am Treppenplatz dokumentieren. Anders lautende Aussagen seien demnach faktisch falsch. Mit dem vorliegenden Konzept sollen fünf Stellen mit einem Finanzaufwand in Höhe von 250.000,00 Euro geschaffen werden. Er werde dem Konzept zustimmen und erwarte in der Folge einen Erfahrungsbericht.

Herr Rees (Bündnis 90/Die Grünen) benennt die vorliegenden Zahlen aus dem Polizeibericht und fragt, auf welchen alternativen Fakten die Aussagen von Herrn Helling beruhen würden. Die von Herrn Helling erwähnten

Anwohnerbeschwerden zu Ordnungswidrigkeiten seien ein Beleg für subjektive Unsicherheit. Dagegen könne ausschließlich mit erhöhter Präsenz der Ordnungskräfte vorgegangen werden. Dies sei auch das Ziel der Verwaltungsvorlage. Die neu zu schaffenden fünf Stellen seien nicht nur für den Treppenplatz, sondern auch für Bereiche in anderen Stadtteilen mit ähnlicher Problematik. Er plädiert für die Umsetzung der Verwaltungsvorlage und die anschließende Betrachtung der damit erzielten Ergebnisse.

Herr Ridder-Wilkens (Die Linke) stellt die große Belastung für die Anwohner durch Alkoholkonsum an öffentlichen Plätzen fest und pflichtet Herrn Helling bei, dass das vorliegende Konzept zu wenig konkret sei. Seine Fraktion bevorzuge pädagogische Konzepte und werde daher das Alkoholverbot ablehnen und sich bei der Abstimmung zum Konzept zur Erhöhung der ordnungsbehördlichen Präsenz enthalten.

Frau Becker (BfB) erinnert an die Inhalte des Positionspapieres des Deutschen Städtetages (*Mitteilung in der Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses am 07.12.2017*) und stellt fest, dass demnach die Stadt Bielefeld gut aufgestellt sei, im Besonderen auch in Bezug auf bestehende Rechtsgrundlagen. Aus ihrer Sicht mangle es jedoch an einer adäquaten Kontrolle, um die Alkoholkonsumszene einzudämmen. Sie schließt sich den Vorrednern an und bezweifelt die Erfolgsaussichten des vorliegenden Konzeptes. Entscheidend sei die Präsenz von geschultem Personal, um zeitnah eingreifen zu können. Beispielhaft benennt sie dazu den Service- und Präsenzdienst in Dortmund und Hannover. Sie werde der Vorlage daher nicht zustimmen.

Herr Nettelstroth (CDU) berichtet von eigenen Rücksprachen mit betroffenen Anwohnern und fordert erneut ein gemeinsames Handeln von Polizei und Ordnungsamt. Die Bürgerinnen und Bürger in Brackwede fühlten sich von Polizei und Ordnungsamt nicht ernst genommen. Er plädiert dafür, den vorliegenden einstimmigen Beschluss der Bezirksvertretung Brackwede zu unterstützen, dies insbesondere vor dem Hintergrund eines nur sehr oberflächlichen und lückenhaften Konzeptes zur Erhöhung der ordnungspolitischen Präsenz. Herr Nettelstroth befürchtet die Eigeninitiative der betroffenen Bürgerinnen und Bürger um Abhilfe zu schaffen. Er appelliert, dem Beschluss der Bezirksvertretung Brackwede zu folgen.

Herr Julkowski-Keppler (Bündnis 90/Die Grünen) kritisiert die respektlosen Aussagen zur Arbeitsweise der Polizei- und Ordnungskräfte als nicht zielführend. Nach seinen Erfahrungen sei nicht die Einführung eines Alkoholverbotes Erfolg versprechend, sondern die Gespräche aller Beteiligten vor Ort mit dem Ziel, gemeinsam Lösungen zu entwickeln. Der runde Tisch in Brackwede sei dazu eine gute Plattform. Das vorliegende Konzept stelle eine gute Grundlage dar, um eine Lösung der dargestellten Problemlagen zu erreichen.

Frau Biermann (SPD) weist die geäußerten Unterstellungen zur Arbeitsweise der Polizei als respektlos zurück und plädiert für die Umsetzung des Konzeptes.

Herr Nettelstroth (CDU) stellt klar, dass er berichtet habe, was die Anwohner des betroffenen Bereiches in Brackwede ihm berichtet hätten. Dies sei ein Bericht und keine Bewertung. Seine Fraktion stehe für öffent-

liche Sicherheit und Ordnung und deren Umsetzung, nicht aber für Placeboeffekte. Ziel sei nicht die Einführung eines Alkoholverbotes sondern die Schaffung einer Rechtsgrundlage als Basis ordnungsbehördlichen Handelns. Herr Nettelstroth erinnert daran, dass der Beschluss der Bezirksvertretung Brackwede einstimmig, also von allen vertretenen Parteien getroffen worden sei. Die Bewertung der Situation vor Ort sei also offensichtlich anders als seitens der Verwaltung im Rahmen des Konzeptes dargestellt.

Herr Helling (CDU) zeigt sich irritiert über die mangelnde Solidarität mit den Kollegen vor Ort seitens der anderen Fraktionen und empfiehlt direkte Gespräche zur Situationsanalyse.

Frau Erste Beigeordnete Ritschel weist darauf hin, dass die Stadtwache bis 21 Uhr besetzt sei und das Konzept der Stadtwache für die Innenstadt auf der Gleichrangigkeit von Ordnungsamt und Polizei beruhe. Eine einseitige Aufstockung des Personals für das Ordnungsamt würde hier zu einem Ungleichgewicht führen, sollte die Polizei mit entsprechendem Personal nicht nachziehen. Dazu gebe es seitens der Polizei keine Veranlassung, wie auch die vorliegende Stellungnahme der Polizeipräsidentin feststelle. Frau Erste Beigeordnete Ritschel erinnert an die Diskussionen im Zusammenhang mit dem Stadthallenumfeld und die dort initiierten Maßnahmen, die in der Umsetzung und der Evaluation immer auch einen dynamischen Prozess widerspiegeln. Insofern sei auch das nun vorliegende Konzept viel umfangreicher, als der Text der Beschlussvorlage dokumentiere. In den Bereichen Sozialarbeit, Quartiersentwicklung, Stadtreinigung und Stadtentwicklung existieren bereits Hilfsangebote und Maßnahmen. Zur Vereinfachung sei in der Vorlage zu dem Konzept daher nur die substanziell neue Maßnahme der Erhöhung der ordnungsbehördlichen Präsenz aufgenommen worden. Zur Eingruppierung des neuen Personals für die Bezirke erläutert Frau Erste Beigeordnete Ritschel, dass es sich um qualifizierte Kräfte des Außen- und Vollzugsdienstes handeln werde, die zur Durchsetzung der Regelungen in der Ordnungsbehördlichen Verordnung (OBVO) eingesetzt würden. Für die Umsetzung sei ein Personalbedarf von fünf Personen erforderlich, die in zwei Teams mit jeweils zwei Personen auch in anderen Stadtbezirken tätig werden sollen und ihren Dienst erst am Nachmittag beginnen, um auch die Abendstunden abzudecken. Eine „rund um die Uhr Präsenz“ sei jedoch nicht zu leisten. Die Maßnahme werde sowohl durch die Präsenz der Ordnungskräfte das subjektive Sicherheitsgefühl steigern, als auch objektiv bei Verstößen ein Handeln zur Folge haben.

Herr Oberbürgermeister Clausen erklärt, nun in die Abstimmungsphase für die Tagesordnungspunkte 4 bis 5 einzutreten.

Auf Nachfrage von Herrn Oberbürgermeister Clausen bestätigt Frau Wahl-Schwentker, dass der Änderungsantrag der FDP (Drucksache 6143/2014-2020) in Bezug zur Vorlage 6030/2014-2020 (TOP 5) stehe. Herr Oberbürgermeister Clausen erläutert, dass zur Vorlage 5862/2014-2020 (Alkoholverbot, TOP 4.1) nur noch zu Ziffer eins abzustimmen sei, da die Ziffer zwei obsolet sei.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss nimmt die Informationsvorlage 5862/2014-2020/1 zur Kenntnis.

Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss lehnt den von der Bezirksvertretung Brackwede am 14.09.2017 zu TOP 7.2 „Alkoholverbot auf dem Treppenplatz“ gefassten Beschluss ab.

- abweichend vom Beschlussvorschlag bei sechs Gegenstimmen und einer Enthaltung mehrheitlich beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5**Konzept zur Erhöhung der ordnungsbehördlichen Präsenz**Beratungsgrundlagen:

Drucksachennummer: 6030/2014-2020

6143/2014-2020

Siehe dazu den Diskussionsverlauf unter TOP 4.1

Frau Wahl-Schwentker (FDP) äußert ihren Unmut über die Vorgehensweise der Abstimmung, da sie nun keine Gelegenheit mehr habe, eine Stellungnahme zum Änderungsantrag ihrer Gruppe abgeben können.

Abstimmung über den Antrag der CDU

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Polizei Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, die bestehende Sicherheitspartnerschaft zwischen der Polizei und dem Ordnungsamt der Stadt über den Innenstadtbereich hinaus zu erweitern und dadurch regelmäßige Streifen an auffälligen Punkten in den Stadtbezirken zu ermöglichen.

- bei sieben Ja-Stimmen ohne Enthaltung mehrheitlich abgelehnt -

Abstimmung über den Antrag der FDP

Der vorhandene Beschlusstext vor der Begründung wird als erste Ziffer gefasst. Folgender Text wird angefügt:

2. Das vorhandene Personal in Brackwede sollte mindestens in einem 2-Schicht-System täglich zwischen 8:00 Uhr bis 23:00 Uhr eingesetzt werden (8-16 und 16-23).
3. Die Ordnungskräfte sollen durch Arbeit zielgerichtet auf die Steigerung des subjektiven Sicherheitsempfindens der Bürgerrinnen und Bürger ausrichten. Hierzu sollte das Aufgabenfeld dieser Kräfte auch die Bekämpfung ruhestörenden Lärms beinhalten.
4. Die Verwaltung wird beauftragt ein Gesamtkonzept zur ordnungsbehördlichen Präsenz zu erstellen. Dabei sollte berücksichtigt werden, welche Außendienstaufgaben aus den jeweiligen Abteilungen/ Ämtern in einer unter Umständen neu zu schaffenden Ab-

teilung zusammengefasst werden können, um Personal ziel- und sachgerecht einzusetzen und auf Sicht eine dauerhafte Präsenz von Mitarbeitern der Stadt täglich 24 Stunden an sieben Tagen zu gewährleisten.

5. Die Verwaltung unterbreitet einen Vorschlag zur Kostendeckung.

- bei einer Ja-Stimme und sieben Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt -

Sodann fasst der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss folgenden

Beschluss:

Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld zu beschließen:

In Ergänzung zu Beschlusspunkt 2 der Vorlage 5862/2014-2020 (Konzept zur Erhöhung der ordnungsbehördlichen Präsenz) wird dem überplanmäßigen Personal- und Sachaufwand in Höhe von 171.400 € zur Bereitstellung von überplanmäßigem Personal für das Jahr 2018 in der Produktgruppe Außendienste (11.02.27) zugestimmt.

Für den Verwaltungsentwurf des Stellenplans 2019 sind fünf Mehrstellen – vorbehaltlich der endgültigen Bewertung nach BGr. A 8 – aufzunehmen. Der Personal- und Sachaufwand in Höhe von jährlich 257.100 € in den folgenden Jahren ist jeweils im Haushaltsplan zu berücksichtigen. Die Werte werden im Rahmen der Haushaltsvorlage des Ordnungsamtes berücksichtigt.

- bei sieben Gegenstimmen und einer Enthaltung mehrheitlich beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Zusammenführung der WRB Wertstoffrecycling der Stadt Bielefeld GmbH mit dem Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld - Abfallentsorgung -

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6083/2014-2020

Frau Wahl-Schwentker (FDP) befürchtet, dass die bereits im letzten Jahr gestiegenen Personalkosten nun weiter übernommen und zu Belastungen der Bürger führen werden, ohne Gewinne generieren zu können. Als Option würde sie es begrüßen, den privaten Anbietern das Geschäftsfeld zu überlassen. Die FDP werde der Vorlage nicht zustimmen.

Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Die Zusammenführung der operativen Bereiche der WRB Wertstoff-

recycling der Stadt Bielefeld GmbH (WRB) mit dem Umweltbetrieb (UWB), Geschäftsbereich Stadtreinigung, ist zum 01.07.2018 zu vollziehen. Die Betriebsleitung des UWB wird beauftragt, die notwendigen Maßnahmen (wie z. B. Anpassung des Wirtschaftsplans, Überleitung des Personals) zusammen mit der Geschäftsführung der WRB einzuleiten und umzusetzen. Die WRB soll als Gesellschaft bestehen bleiben.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 7

Bericht aus dem Verein zur Förderung der medizinischen Ausbildung und Versorgung OWL e.V.

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6101/2014-2020

Herr Oberbürgermeister Clausen begrüßt den Vorsitzenden des Vereins zur Medizinischen Ausbildung und Versorgung in OWL e.V., Herrn Uwe Borchers. Mit Verweis auf die Informationsvorlage erklärt Herr Borchers, dass das Jahr 2017 für den Verein und die Entwicklung der medizinischen Ausbildung in OWL ein sehr erfolgreiches Jahr gewesen sei. Zum einen sei dies der Landesregierung zu verdanken, die eine solide Grundlage für den Aufbau der medizinischen Ausbildung am Standort Bielefeld geschaffen habe. Zum anderen würden in Zusammenarbeit mit der Ruhruniversität derzeit bereits ca. 120 junge Menschen im Kreis Minden Medizin studieren. Dies sei auch als Anstoß für die nun anlaufende Entwicklung der medizinischen und pflegerischen Versorgung in OWL zu werten. Der Verein selbst sei um zwei Neumitglieder auf 19 Mitglieder angewachsen, welche ein breites Spektrum der Kreise und Gebietskörperschaften in OWL repräsentieren. Auch der bei der Mitgliederversammlung im Herbst 2017 gewählte Vorstand zeige sich sehr engagiert, die angestrebte Entwicklung weiter voranzutreiben. Schwerpunkt der Planungen sei nun der Aufbau der medizinischen Fakultät OWL der Universität Bielefeld. Es sei hervorzuheben, dass der Rektor der Universität direkt nach der Landtagswahl Kontakt zu Vereinsmitgliedern aufgenommen und bereits anlässlich der Mitgliederversammlung ein Rahmenkonzept für eine innovative Mediziner Ausbildung vorgestellt habe. Der Verein bilde dabei die Plattform, die auch divergierenden Interessen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft konstruktiv zu bündeln. Ziel sei nicht nur der Ausgleich zahlenmäßiger Defizite in der Mediziner Ausbildung, sondern auch die Positionierung neuer Impulse in der Allgemeinmedizin. Hier liege eine der großen Anforderungen in der Ausbildung und der späteren Versorgungspraxis, da die Bedarfssituation der Mediziner sich verändert habe. Die neu aufzubauende Fakultät biete die Chance, ein völlig neues und innovatives Lehrkonzept in Zusammenarbeit mit einer international renommierten Universität zu verwirklichen. Daneben sei die Entwicklung neuer Versorgungsmodelle in der ländlichen Region ein weiteres Ziel, welches in Bielefeld auf Grund der europaweit einzigartigen Zusammenarbeit der Medizin mit der naturwissenschaftlichen Fakultät und den Gesundheits- und Pflegewissenschaften ermöglicht werde. Auch der Bereich Digitalisierung werde curricular und in der Forschungslandschaft Berücksichtigung finden. Als Organisationsform der medizinischen

Lehre an der neuen Fakultät sei ein kooperatives Modell vorgesehen, das die in der Region ansässigen Kliniken einbinde und so voraussichtlich 24 Fachabteilungen umfassen werde. Hier werde nicht nur die Mediziner-ausbildung im Focus stehen, sondern auch deren Auswirkungen für die Bereiche Forschung und Entwicklung der Medizintechnik. Der Verein erwarte von der neuen Fakultät große Wachstumsimpulse und die Stärkung der Region als Ausbildungs- und Wirtschaftsstandort sowie eine vitale Forschungslandschaft.

Herr Nettelstroth (CDU) dankt Herrn Borchers für den positiven Bericht und die sich daraus ergebenden Perspektiven. Es werde jedoch ein langer und kostenintensiver Weg sein, der letztlich positive Auswirkungen auf Bielefeld und die gesamte Region haben werde. Aktuell sei die Universität in Person von Professor Sagerer ein wichtiger Motor auf dem Weg zu einer medizinischen Fakultät und Herr Nettelstroth fragt, in welcher Form der Verein diesen Weg weiter begleiten werde bzw. seine zukünftige Arbeit sieht. Dies insbesondere in Bezug auf die Fortentwicklung des Bochumer Modells, die Synergien im Zusammenhang mit der medizinischen Ausbildung und die wissenschaftliche Anerkennung der neuen Fakultät vor dem Hintergrund eines fehlenden Uniklinikums.

Herr Borchers antwortet, dass es in der Natur der Sache läge, aktuell zur Weiterentwicklung des Bochumer Modells keine konkrete Aussage treffen zu können. Hier bleibe die Entwicklung abzuwarten. Der Verein sei mit den dort vorhandenen Akteuren als Plattform zu betrachten, die es beispielsweise der Universität erleichtere, konkrete Fragestellungen an potentielle Wettbewerber in Bezug auf spätere Professuren zu vermitteln. Insofern werde der Verein auch zukünftig eine Mediatorfunktion haben. Konkreter werde die Arbeit des Vereins in Bezug auf die Versorgungslandschaft mit dem Ziel, die Region Ostwestfalen-Lippe in Form eines Laboratoriums der Universität weiterzuentwickeln. Dies vor dem Hintergrund der Organisation medizinischer Ausbildung für mehr Gesundheit und Lebensqualität. Darüber hinaus sei im Verein seitens der beteiligten Kliniken eine umfangreiche Expertise verfügbar, die für die anstehende Aufbauarbeit unverzichtbar sei. Letztlich könne über den Verein auch die Akquise erforderlicher finanzieller Mittel aus der Wirtschaft für den Aufbau der Fakultät betrieben werden.

Herr Julkowski-Keppler (Bündnis 90/Die Grünen) zeigt sich erfreut über die positive Entwicklung zum Aufbau der medizinischen Fakultät.

Frau Wahl-Schwentker (FDP) berichtet von einem Gespräch mit Professor Sagerer und seinem Interesse, auf dem Campusgelände Institute anzusiedeln. Derzeit gebe es bereits Kooperationen, für konkrete Ansiedlungen sei jedoch ein verlässliches Baurecht erforderlich.

Herr Oberbürgermeister Clausen erläutert, dass konkret die Entwicklung des Campus Nord gemeint sei. Erst mit der Darstellung des Ausbaus der Linie 4 könne Baurecht für neue Gebäude geschaffen werden. Aktuell gebe es Interessensbekundungen seitens der Universität und der Fachhochschule. Herr Oberbürgermeister Clausen berichtet, dass derzeit die Gründung einer Campusentwicklungsgesellschaft mit Universität, Fachhochschule, Industrie- und Handelskammer sowie Stadt Bielefeld vorbereitet werde. Ziel sei eine gemeinsame Akquise von Instituten und Unternehmen mit ihren Forschungseinrichtungen.

Herr Helling (CDU) dankt Herrn Borchers besonders für die ausgleichende Art, alle Beteiligten in die Planungen für eine medizinische Fakultät Ostwestfalen einzubinden und so latente Ängste einer Priorisierung der Stadt Bielefeld abzubauen.

Herr Oberbürgermeister Clausen resümiert die aktuell gute Ausgangssituation für die Gründung einer medizinischen Fakultät auch als Verdienst von Professor Sagerer, der großen Wert auf die Festschreibung objektiver Kriterien für die Auswahlentscheidung lege. Die Exzellenzstrategie der Universität werde sich auch auf die Entwicklung einer medizinischen Fakultät beziehen. Bei der Auswahl der Kliniken werde demnach keine Auswahl nach regionalen, politischen oder subjektiven Gesichtspunkten erfolgen. Die Mitglieder des Vereins hätten sich bereits darauf verständigt.

Herr Nettelstroth (CDU) erinnert daran, dass die vorhandenen Flächenreserven angesichts der bereits vorliegenden Flächenbedarfe nur sehr gering seien. Er wünsche sich eine parteienübergreifende Aktivität zur weiteren Ausweisung der erforderlichen Flächen. Die absehbaren Entwicklungen hätten einen planungsrechtlichen und inhaltlichen Vorlauf und für die Gewinnung namhafter Institute sei baureifes Gelände mit entsprechendem Anschluss erforderlich.

Herr Oberbürgermeister Clausen dankt Herrn Borchers für die Ausführungen und stellt fest, dass der Ausschuss auch die Informationsvorlage zur Kenntnis genommen habe.

Oberbürgermeister Clausen
(Vorsitz)

Grewel
Schriftführung